Anordnung Nr. 21¹ * 12^{} S.
über das Forschungsstudium
vom 1. Juli 1981**

Zur Änderung und Ergänzung der Anordnung vom 29. Dezember 1978 über das Forschungsstudium (GBl. I 1979 Nr. 3 S. 26; Ber. GBl. I Nr. 9 S. 80) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane und in Übereinstimmung mit dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendes angeordnet:

§ 1

Der § 11 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) An jeden Forschungsstudenten kann ab 1. Ausbildungsjahr bei entsprechenden wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Leistungen ein Leistungsstipendium in Höhe von 100 M bzw. 150 M monatlich gewährt werden. Die Vergabe des Leistungsstipendiums erfolgt jährlich. Es kann aberkannt werden. Vorschläge für die Vergabe und den Entzug unterbreiten die verantwortlichen Betreuer der Forschungsstudenten in Abstimmung mit der zuständigen FDJ-Leitung bzw. betrieblichen Gewerkschaftsleitung.“

§ 2

Der § 12 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Bei ärztlich bescheinigter Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit, Arbeitsunfall oder Berufskrankheit, bei Quarantäne, Durchführung einer prophylaktischen Kur, Heil- oder Genesungskur, Schwangerschafts- und Wochenurlaub sowie bei ärztlich bescheinigter Freistellung vom Studium zur Sicherung der Pflege des erkrankten Kindes werden die Leistungen nach dieser Anordnung in voller Höhe weitergezahlt. Für die Dauer des Reservistenwehrdienstes werden monatlich 80 M des Wehrsoldes auf das Stipendium angerechnet.“

§ 3

Diese Anordnung tritt am 1. September 1981 in Kraft.

Berlin, den 1. Juli 1981

**Der Minister
für Hoch- und Fachschulwesen
Prof. B ö h m e**

¹ Anordnung (Nr. 1) vom 29. Dezember 1978 (GBl. I 1979 Nr. 3 S. 26; Ber. GBl. I Nr. 9 S. 80)

**Anordnung Nr. 21¹
über die finanzielle Unterstützung
von Studentinnen mit Kind
an den Hoch- und Fachschulen
vom 1. Juli 1981**

Zur Änderung der Anordnung vom 10. Mai 1972 über die finanzielle Unterstützung von Studentinnen mit Kind an den Hoch- und Fachschulen (GBl. II Nr. 27 S. 321) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane und in Übereinstimmung mit dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendes angeordnet:

§ 1

Der § 5 wird ersatzlos außer Kraft gesetzt.

¹ Anordnung (Nr. 1) vom 10. Mai 1972 (GBl. II Nr. 27 S. 321)

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. September 1981 in Kraft.

Berlin, den 1. Juli 1981

**Der Minister
für Hoch- und Fachschulwesen
Prof. B ö h m e**

**Erste Durchführungsbestimmung
zur Verordnung über Bodennutzungsgebühr
vom 29. Juni 1981**

Auf Grund des § 13 der Verordnung vom 26. Februar 1981 über Bodennutzungsgebühr (GBl. I Nr. 10 S. 116) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen staatlichen Organe folgendes bestimmt:

§ 1

Zu § 1 Abs. 2 der Verordnung

(1) Als Bürger im Sinne dieser Rechtsvorschrift gelten auch Gemeinschaften von Bürgern.

(2) Der Eigenheimbau zählt zu Maßnahmen der Bürger. Werden für den Bau von Eigenheimen dem Bürger Flächen zur Nutzung übertragen, ist keine Bodennutzungsgebühr für einen Bodenentzug zu zahlen.

§ 2

Zu § 2 Abs. 1 der Verordnung

(1) Die Höhe der Bodennutzungsgebühr ist entsprechend dem als Anlage beigefügten Muster (Berechnungsdokument) zu berechnen. Nachstehende Eintragungen in der Liegenschaftsdokumentation sind für die Berechnung der Bodennutzungsgebühr maßgebend:

1. Umfang der Flächen
2. Nutzungs- und Kulturart sowie Bodenqualität beim dauernden Bodenentzug von Ackerland und Grünland gemäß § 2 Abs. 2 Ziff. 1 Buchstaben a und b der Verordnung.

Die Angaben über den Umfang der Flächen sind auf 0,01 ha zu runden.

(2) Die Angaben über die Bezeichnung der betroffenen Flächen, deren Umfang, Nutzungs- und Kulturart sowie Bodenqualität sind dem Betrieb, der Boden entzieht oder die Nutzungsbeschränkung veranlaßt, auf dessen Antrag durch die zuständige Außenstelle oder Arbeitsgruppe des Liegenschaftsdienstes des Rates des Bezirkes (nachfolgend Liegenschaftsdienst genannt) zu übergeben und in dem Berechnungsdokument zu bestätigen. Enthält die Liegenschaftsdokumentation keine Eintragungen über die Bodenqualität, ist diese vom zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, festzustellen und zu bestätigen. Die Feststellung und Bestätigung des Flächenumfanges und der Standortwertziffer bei Forsten und Holzungen sind durch den zuständigen Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb vorzunehmen. Bei fischwirtschaftlich genutzten Binnengewässern erfolgt die Bestätigung durch den Rat des Bezirkes, Abteilung Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft.

(3) Bei einem dauernden Bodenentzug von Flächen gemäß § 2 Abs. 2 Ziff. 1 Buchstaben e bis f der Verordnung ist dieser Bodenentzug im Zustimmungsverfahren gemäß § 14 der Bodennutzungsverordnung vom 26. Februar 1981 (GBl. I Nr. 10¹ S. 105) besonders festzulegen. Diese Festlegung ist maßgebend für den zu berechnenden Satz der Bodennutzungsgebühr.